

Von Niedersachsen muss ein klares Bekenntnis für mehr Klimaschutz und gegen neue Kohlekraftwerke ausgehen!

Hannover, Berlin 4. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Weil,
sehr geehrte Frau Piel,
sehr geehrter Herr Wenzel,

die vergangenen zehn Jahre schwarz-gelbe Umweltpolitik in Niedersachsen waren verlorene Jahre sowohl für den Umwelt- und Klimaschutz als auch für den Umbau unserer Energieversorgung. Anstatt sich der schrittweisen Dekarbonisierung der Stromversorgung anzunehmen, setzten CDU und FDP auf klimaschädliche Großkraftwerke und bis 2011 auf die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Die verfehlte Energiepolitik des Landes muss mit dem Regierungswechsel nun insgesamt eine ambitionierte und zukunftsweisende Neuausrichtung erfahren.

Die Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gehen hier mit gutem Beispiel voran: Rot-Grün hat sich in den neu gewonnenen Bundesländern auf ambitionierte Klimaschutzkonzepte und -ziele sowie gegen weitere Kohlekraftwerke verständigt¹. Niedersachsen darf nicht hinter diesen Vereinbarungen zurückbleiben, damit die erstarkende rot-grüne Klimapolitik in den Ländern Rückendeckung erhält und das Klimaschutz-Engagement zur Blaupause für eine künftige Neuorientierung auch der Bundespolitik werden kann.

In Stade setzt der Chemiekonzern DOW weiter auf den Bau eines großen Steinkohlekraftwerks, das unser Klima jährlich mit 5 Mio. Tonnen CO₂ belasten würde. Obgleich die meisten Kohlekraftwerksprojekte als Folge der Entwicklungen am Strommarkt eingestellt wurden, setzt DOW für die künftige Eigenversorgung auch weiterhin auf die umwelt- und klimaschädliche Steinkohleverstromung.

Dabei versucht das Unternehmen sein „Industriekraftwerksprojekt“ als besonders effizient und umweltfreundlich darzustellen. Das Vorhaben ist jedoch um keinen Deut besser als andere in Bau befindliche Steinkohlemeiler.

¹ Auszüge aus den jeweiligen Koalitionsverträgen haben wir in den Anlagen beigefügt.

Der vermeintlich hohe Gesamtwirkungsgrad (von bis zu 60 %) wurde auch in anderen Steinkohleprojekten prognostiziert.² Erdgasbefeuerte Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Nutzung erreichen bereits seit Mitte der 1990er-Jahre elektrische Wirkungsgrade jenseits von 55% und Gesamtwirkungsgrade von über 80 %, wie auch das im Bau befindliche Gaskraftwerk auf dem Stader Werksgelände der DOW.³

Dabei liegen für DOW-Chemical gerade an diesem Standort innovativere und umweltgerechtere Alternativen auf der Hand.

Die Situation in Stade bietet beste Voraussetzungen für eine zukunftsweisende Stromversorgung auf Basis von Wind und Wasserstoff: langjähriges Know-how der DOW in der Wasserstoffnutzung, große Salzkavernen als potenzielle Speicher, hohes regionales Windstromaufkommen und Offshore-Windkraft. In Verbindung mit einem flexiblen Gaskraftwerk und intelligentem Lastmanagement könnte die Wasserstoffproduktion und -speicherung mit der Option zur Methanisierung und Rückverstromung den Energiebedarf des DOW-Werks sicherstellen, deutlich mehr Flexibilität ins Stromsystem bringen und dabei auch die Netzsituation speziell im Norden entspannen. So ließe sich ein deutschlandweit ausstrahlendes Vorzeigeprojekt zur industriellen Energieversorgung entwickeln.

Mit der schrittweisen Realisierung solch innovativer Konzepte würden Landesregierung und Industrie einen bedeutsamen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten und diese nicht mit einem unflexiblen und klimaschädlichen Grundlastkraftwerk konterkarieren.

Wir fordern daher von der neuen Landesregierung:

- ein Landesklimaschutzgesetz mit verbindlichen und ambitionierten Treibhausgasreduktionszielen,
- ein klares Bekenntnis gegen weitere Kohlekraftwerke in Niedersachsen,
- die Überarbeitung des Energieteils im Landes-Raumordnungsprogramm, insbesondere bei den Vorranggebieten für „Großkraftwerke“ und den Vorgaben zur elektrischen Mindestleistung.
- Ein klares Signal gegenüber DOW, dass das von dem Chemiekonzern derzeit verfolgte Standortentwicklungskonzept für Stade von der neuen Landesregierung abgelehnt wird.

² So plante beispielsweise Trianel bis Juli 2011 im Industriepark in Krefeld-Uerdingen ein Steinkohlekraftwerk (750 MW netto) mit einem elektrischen Wirkungsgrad von 45 % und einem Gesamtwirkungsgrad von 60 %.

³ Weitere Beispiele sind: Gaskraftwerk der Stadtwerke Braunschweig (87,6% Gesamtwirkungsgrad, GWG), Gaskraftwerk der Stadtwerke Saarbrücken (85% GWG); geplantes Gaskraftwerk von Vattenfall in Hamburg-Wedel mit bis zu 88 % GWG oder das ebenfalls von Vattenfall geplante Gaskraftwerk in Berlin-Lichterfelde (85,1 % GWG).

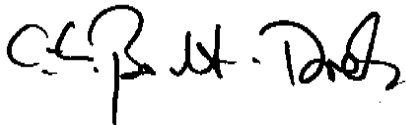
In Ihren Wahlprogrammen haben Sie eindeutige Bekenntnisse zum Klimaschutz formuliert:

Bündnis 90/Die Grünen wollen die „*postfossile Energieerzeugung in Niedersachsen ... dezentral und nachhaltig organisieren*“ und den „*Rückfall ins Kohle-Zeitalter verhindern*“.

Die SPD „*steht zum Kohle-Ausstieg und setzt für den Übergang auf den Energieträger Gas in hocheffizienten Anlagen, die durch Kraft-Wärme-Kopplung optimale Nutzungsgrade erzielen*“.

Wir wünschen uns und fordern von Ihnen, dass Sie die guten Absichten beim Klimaschutz in Ihrem Koalitionsvertrag weiter konkretisieren und verbindlich festschreiben, damit auch aus Niedersachsen ein starkes Signal für mehr Klimaschutz und für eine umwelt- und ressourcenschonende Energiewende gesendet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Carl-Wilhelm Bodenstern-Dresler
Landesgeschäftsführer
BUND Niedersachsen



Michael Spielmann
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe



Katharina Reuter
Leitung der Geschäftsstelle
klima-allianz deutschland

Anlage: Auszüge aus den jüngsten Koalitionsverträgen
mit Regierungsbeteiligung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Baden-Württemberg

Koalitionsvertrag 2011 – 2016
vom 9. Mai 2011

Bündnis 90/Die Grünen und SPD

(S. 34ff.)



Die Energiewende schaffen

Wir haben die Absicht, innerhalb von Baden-Württemberg einen großen Teil der in diesem Jahrzehnt weg fallenden Kraftwerksleistung auf der Basis erneuerbarer Energien und flexibler Erdgaskraftwerke (vorrangig als KWK-Anlagen) zu ersetzen. Innerhalb der aktuellen Energierechtsnovelle sollen so genannte „Kapazitätsmärkte“ geschaffen werden, die die erforderlichen finanziellen Anreize für die beschleunigte Errichtung schaffen. Für den erfolgreichen Erneuerungsprozess sind breit akzeptierte und ökologisch verträgliche Standorte zu entwickeln. Außer den im Bau befindlichen Kohlekraftwerken wollen wir keine weiteren Kohlekraftwerke in Baden-Württemberg errichten.

...

Die führende Energie- und Klimaschutzregion

Der Klimawandel bedeutet eine massive Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, der wir mit großer Entschlossenheit begegnen müssen. Ziel muss es sein, die Industriegesellschaft umzubauen, um die CO₂-Emissionen bis 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 um rund 90 Prozent abzusenken.

....

Als zentrales Element für die Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik werden wir ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen verabschieden. Auf dessen Grundlage werden wir ein umfassendes integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept entwickeln, das die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele konkret auf den Weg bringt. In diesem Zusammenhang wollen wir auch den Landesentwicklungsplan novellieren.

Rheinland-Pfalz



Koalitionsvertrag 2011 – 2016
vom 11. Mai 2011

SPD und Bündnis 90/Die Grünen

(S. 21ff.)

K O A L I T I O N S V E R T R A G
Den sozial-ökologischen Wandel gestalten



Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Die Koalitionspartner bekennen sich zum Ziel, weltweit den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dies bedeutet, dass bundesweit und in Rheinland-Pfalz die CO₂-Emissionen bis 2050 um 90 Prozent (gegenüber 1990) reduziert werden müssen. Unser Nahziel sind dabei 40 Prozent weniger CO₂-Emissionen bis 2020. Rheinland-Pfalz wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Bundesregierung

ein Energiekonzept vorlegt, das diesen Zielen gerecht wird. Unsere Klimaschutzziele und -maßnahmen wollen wir in einem Klimaschutzgesetz verankern.

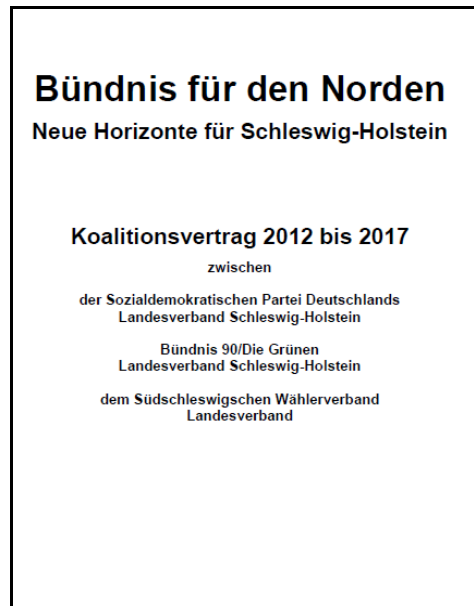
Wir haben das Ziel, bis 2030 den in Rheinland-Pfalz verbrauchten Strom bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen. Wir sehen keine Notwendigkeit für Kohlekraftwerke in Rheinland-Pfalz...

Schleswig-Holstein

Koalitionsvertrag 2012 – 2017
vom 12. Juni 2012

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW

(S. 36ff.)



Energiewende

(1535 ff.) Wir unterstützen die Energiewende und alle klima- und energiepolitischen Ziele auf EU- und Bundesebene. Wir wollen auch in Schleswig-Holstein eine Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020 und um 80-95 Prozent bis 2050 erreichen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Verschärfung des Klimaziels auf eine Reduzierung der Treibhausgase um 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990. Wir werden dazu ein Klimaschutzgesetz verabschieden.

Kohle & Atom

(1581 ff.) Ein neues Kohlekraftwerk ist mit den Zielen der Landesregierung zu erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz nicht vereinbar. Deshalb werden wir alle Möglichkeiten nutzen, den Neubau eines Kohlekraftwerks in Schleswig-Holstein zu verhindern. Konkret werden wir in Brunsbüttel die Option für den Grundstücksverkauf an SWS auf keinen Fall verlängern und die Landesregierung wird gegenüber dem Investor deutlich machen, dass Kohlekraftwerke nicht in die aktuelle Energiestrategie des Landes passen. Über den Bundesrat setzen wir uns für einen Mindestwirkungsgrad von 57 Prozent für neue Kraftwerke ein. Wir werden im Bundesrat alle Initiativen ablehnen, die den Neubau von Kohlekraftwerken erleichtern.